Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1919

1.12.1919 (No. 281)

Visual Library

№ 281 Montag, den 1. Dezember 1919 162. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 952, 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 ℳ 15 ₰; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 5 ℳ 90 ₰ — Einzelnummer 15 ₰ — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰ zuzüglich 30 % Teuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Zur Verreichlichung der Staatseisenbahnen.

** Nach Art. 89 der Reichsverfassung ist es Aufgabe des Reichs, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in sein Eigentum zu übernehmen und als einheitliche Verkehrsanstalt zu verwalten. Der Art. 171 bestimmt, daß die Staatseisenbahnen spätestens am 1. April 1921 auf das Reich übergehen müssen; soweit bis zum 1. Oktober 1920 noch keine Verständigung über die Bedingungen der Übernahme erzielt ist, entscheidet der Staatsgerichtshof. Es liegt also nicht mehr in dem freien Ermessen der Länder, ob sie ihre Staatsbahnen dem Reich übergeben wollen oder nicht. Sie haben nur noch darüber zu befinden, ob die Übergabe auf einen früheren Zeitpunkt als den 1. April 1921 erfolgen soll und welche Bedingungen für die Übergabe sie dem Reich stellen wollen. Verhandlungen hierüber sind eingeleitet, zu irgend welchen bindenden Beschlüssen ist es aber noch nicht gekommen.

Die Betriebsnot bei den Eisenbahnen und die Gestaltung der Finanzverhältnisse legt erstlich die Frage nahe, ob nicht eine baldige Übernahme der Staatsbahnen durch das Reich sowohl im Interesse des Reichs als der Länder geboten ist. Hierüber finden Besprechungen zwischen den Ländern und dem Reiche statt. Eine Übernahme jetzt oder später wird natürlich nur unter Bedingungen erfolgen, durch die das Interesse der Länder und des mit den Bahnen an das Reich übergehenden Personals ausreichend gesichert werden. Irgend ein bindender Schritt kann auch nicht ohne die Zustimmung der Volksvertretung erfolgen, die über den Stand der Angelegenheit im laufenden gehalten wird. Die in einem Karlsruher Blatt zum Ausdruck gekommene Befürchtung, daß die Regierung die Staatsbahnen möglichst schnell an das Reich losschlagen könnte, ist daher unbegründet.

Reichsminister Dr. Geßler über den Wiederaufbau.

** In einer Sitzung im Ministerium des Innern, der auch der Minister Remmele und Rückert anwohnten, nahm am Samstag der neue Reichsminister für Wiederaufbau, Dr. Geßler, Gelegenheit, vor einem größeren Kreis von Interessenten des Unternehmertums sowie der Arbeiterschaft den jetzigen Stand der Aufbauvorbereitungen darzulegen und die für die Zukunft maßgebenden Richtlinien zu erörtern. Er betonte dabei besonders, daß man die herantretenden Aufgaben nicht, wie es bisher vielfach durch die beteiligten Erwerbsgruppen geschehen sei, nur vom deutschen Standpunkt aus betrachten dürfe. Die gesamten Maßnahmen seien in hohem Maße von den Beschlüssen der französischen Regierung abhängig, die sich naturgemäß nur von nationalen Erwägungen leiten ließe. Man habe deshalb auch seine Erwartungen nicht zu hoch einzustellen, und werde ein Erfolg nur im Rahmen der gesamten Entwicklung der Beziehungen zu dem westlichen Nachbarn erhoffen können.

Die herantretenden Fragen seien sachlich in Aufräumungsarbeiten, den eigentlichen Aufbau und die Materiallieferungen zu trennen. Man werde hierfür eines gewaltigen Arbeitsheeres bedürfen, für dessen Wohlfahrt das nur irgend mögliche erreicht werden müsse. Vor überspannten Forderungen habe man sich aber auch hier zu hüten, da Frankreich grundsätzlich von der Lebenshaltung der eigenen Arbeiter ausgehe und zahlreiche italienische und polnische Arbeiter verfügbar seien, gegen welche das Mißtrauen wie bei dem deutschen Arbeiter nicht bestünde. Auch für den eigentlichen Aufbau gelte es im Verhandlungswege noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. So lehne es die französische Architektenschaft aus naheliegenden Gründen bisher allgemein ab, deutsche Architekten und Techniker zu beteiligen. Man werde sich hier nicht aufdrängen dürfen, die Notwendigkeit, auch die geistigen deutschen Kräfte für den Wiederaufbau einzuschalten, werde sich mit dem Beginn der Arbeiten von selbst gebieterisch herausstellen.

Für die Vergebung der Arbeiten sowie der Lieferungen solle im Wege der Dezentralisation vorgegangen werden. Ungerechtfertigte Unternehmergewinne müßten auf alle Fälle vermieden werden. Es sei Sache der beteiligten Kreise hier Selbstverwaltungsorganisationen zu schaffen, die unter behördlicher Aufsicht eine gerechte Verteilung auf die einzelnen Erwerbsgruppen vornähmen. Dabei ergebe sich besonders die Gelegenheit auch das organisierte Handwerk, Produktivgenossenschaften und ähnliche Wirtschaftsformen zu den Lieferungen heranzuziehen. Notwendig werde es hierbei sein, die Rohstoffbedürfnisse der Heimat nicht aus dem Auge zu lassen, wodurch sich eine gewisse planmäßige Wirtschaftsführung von selbst ergäbe.

Das Ministerium brauche zur Durchführung seiner umfangreichen Aufgaben das weitgehende Vertrauen der beteiligten Kreise. Es werde deshalb auch bemüht sein, durch einen möglichst direkten Nachrichtendienst über die in Frankreich geführten Verhandlungen, das Aufkommen von Mißverständnissen zu verhindern. Nicht auf vorweg genommene Kritik, sondern tätige Mitarbeit werde besonderes Gewicht gelegt. Der Zweck der Besprechung im Ministerium des Innern liege gerade in der Richtung, die besonderen Wünsche und Anregungen der beteiligten badischen Kreise kennen zu lernen, um ihnen nach Möglichkeit bei den zu treffenden Entscheidungen Rechnung zu tragen.

Die Ausführungen des Reichsministers fanden allgemeine Zustimmung. Es wurde als besonders erfreulich begrüßt, daß beabsichtigt sei, von vornherein den Bedürfnissen Süddeutschlands entsprechend Rechnung zu tragen. Man könne in die entwickelten Arbeitspläne Vertrauen haben und sehe in der Persönlichkeit des Ministers eine Gewähr für eine zielbewußte und sich den Verhältnissen anpassende Wirtschaftsführung. — In der anschließenden Diskussion kamen ferner die Wünsche der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingehend zur Sprache. Es ergaben sich dabei zahlreiche wertvolle Anregungen für eine Heranziehung der umfangreichen in Baden verfügbaren Wirtschaftskräfte.

Zur Papiernot.

** In Ergänzung der Nachricht über die Lieferung von Kohlen für die Papierfabrik Albbruck ist noch mitzuteilen, daß jetzt auch für die Papierfabrik Weisenbach im Murgtal Kohlen verladen worden sind, damit dortselbst die Papierfabrikation wieder aufgenommen werden kann. Zunächst kommen für Weisenbach 300 Tonnen, für Albbruck 150 Tonnen Steinkohlen in Frage. Zugleich sind Vorkehrungen getroffen, daß die Belieferung der beiden badischen Papierfabriken fernerhin in ausreichendem Maße erfolgt. Es ist also zu hoffen, daß künftig die folgenschwere Papiernot einigermaßen gemildert werden kann.

Überwachung der Lichtspieltheater und auswärtige Zensurkarten.

** Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß in dem Erlaß des Ministeriums des Innern vom 10. September 1919 eine Anordnung, wonach die Berliner, Münchener und Stuttgarter Zensurkarten anerkannt werden, und Filme mit solchen Zensurkarten ohne nochmalige Prüfung gespielt werden dürfen, nicht enthalten. In diesem Erlaß werden keinerlei Zensurkarten anerkannt. Den Bezirksämtern bleibt es überlassen, inwieweit sie nach ihren Erfahrungen glauben, auf Grund von Zensurkarten die eigene Prüfung einschränken zu sollen. Auch wenn eine Zensurkarte vorliegt, kann das Bezirksamt auf Grund eigener Prüfung die Vorführung eines Films untersagen. Es wird nicht verkannt, daß dieser Zustand für die Lichtspieltheaterbesitzer wenig befriedigend ist. Eine andere Organisation soll und muß angestrebt werden; sie ist aber kaum zu erreichen, solange nicht klargestellt ist, was von Reichswegen hinsichtlich der Filmzensur bestimmt werden wird.

Änderung der Vollzugsverordnung zum Jagdgesetz.

** Die Verordnung vom 6. November 1886 über den Vollzug des Jagdgesetzes wird mit Wirkung vom 1. Februar 1920 ergänzt, wie folgt:

1. Der Jagdpaß muß mit einer Beschreibung und einem Lichtbild des Jagdpaßinhabers aus neuester Zeit versehen sein. Das Lichtbild ist auf den Paß aufzukleben und durch das Bezirksamt derart abzustempeln, daß der Stempel etwa zur Hälfte auf dem Lichtbild, zur andern Hälfte auf dem Papier des Jagdpasses angebracht ist.

2. Dem Gesuch um Erteilung eines Jagdpasses ist ein nichtaufgezogenes Lichtbild des Gesuchstellers aus neuester Zeit anzuschließen.

Die Anregung Lichtbilder für die Ausstellung des Jagdpasses vorzuschreiben, ist aus Jägerkreisen selbst hervorgegangen. Erfahrungsgemäß sind die Kontrollbeamten nur dann in der Lage, die Identität des Paßinhabers festzustellen, wenn der Paß mit einem Lichtbild versehen ist. Mißbräuchliche Benützung eines Passes ist beim Fehlen eines Lichtbildes sehr erleichtert und muß verhindert werden.

Die Vernichtung des Wildseemoores bei Kaltenbronn.

** In der Presse (Badische Landeszeitung Nr. 532, 2. Blatt vom 26. November 1919) wird in einem Artikel unter dieser Überschrift die Besorgnis geäußert, die landschaftliche Schönheit der Wildseegegend werde durch den von einer privaten Gesellschaft geplanten Abbau des Moores zum Zwecke der Torfgewinnung vernichtet werden. Es ist dabei in zutreffender Weise erwähnt worden, daß der badische Arbeitsminister im Interesse der Erhaltung dieses Naturdenkmals ein Gesuch wegen Ausbeutung des auf badischem Gebiet liegenden Teils des Moores abgelehnt hat.

Wir können dem nur hinzufügen, daß das Arbeitsministerium weiterhin auch ein Ersuchen an die württembergische Regierung gerichtet hat, in der Frage der Gestattung der Torfgewinnung auf dem württembergischen Teil des Moores aus Naturschutzgründen eine entsprechende Haltung einzunehmen.

Sparsame Bauweisen und Aufgaben der Gemeinden

Von Baurat Georg Linde, Jever i. Oldbg.

I.

Die Bauordnungen, Vorschriften der Baupolizei usw. waren allmählich im Laufe der Jahre fast ganz und gar auf großstädtische Verhältnisse im Wohnungsbau, also im wesentlichen auf den Mietskasernentyp zugeschnitten worden. Die kleineren und kleinsten Gemeinden haben sich nach und nach ebenfalls ganz danach gerichtet. Die Folge war gerade für kleinere Häuser, wie sie die Zukunft allgemein schaffen soll, eine Verschwendung an Baustoffen. Deutsche Eigenart ist es, auch mit möglichst großer Sicherheit bei tragenden und durch Belastung beanspruchten Teilen zu rechnen, im Gegensatz zu den Gepflogenheiten in anderen Ländern. Während z. B. die Vereinigten Staaten von Nordamerika Flußeisen mit 1200 kg für den Quadratzentimeter belasteten, waren wir noch auf 800 kg, trotzdem unser Eisen anerkanntermaßen noch besser war als das amerikanische. Erst einige Jahre vor dem Kriege gingen wir höher, und während des Krieges konnte man dann bei einzelnen Bauteilen auch schon mit 1500 kg rechnen. Ähnlich ist es beim Holz. Die Annahmen in der Belastung, beispielsweise von Decken, waren bei uns ebenfalls nicht reichlich. Man rechnete in Wohngebäuden mit Lasten, wie sie im allgemeinen nur recht selten eintraten. Zweifellos hat das manches Gute mit sich gebracht. Unfälle wurden dadurch auf ein Mindestmaß heruntergesetzt im Gegensatz zu Amerika. Aber es leuchtet ein, daß jede übertriebene Sicherheit erheblich mehr Baustoffe erfordert. Eine große Rolle spielte ferner die Feuersgefahr. Auch da legte man in Deutschland den größten Wert auf möglichste Sicherheit. Deutsche Gründlichkeit sorgte dafür, daß das Beste gut gnug war. Solange es uns gut ging, und solange wir im Überfluß lebten, ging das ja auch. Aber nun, wo die Not einzieht, müssen wir umlernen. Hier sollten die neuen Bauordnungen richtunggebend sein. Sparsamkeit, wirtschaftlichste Ausnutzung aller Baustoffe sind ihre Forderungen. Zusammen mit dem Typenbau der Normalisierung von Bauteilen und einfachster und wirtschaftlichster Bauausführung selbst — auf diese Punkte soll später noch näher eingegangen werden — wird man zweifellos in Zukunft trotz aller Not auch im Bauwesen wieder vorwärtskommen. Nun kommt aber die Durchführung! Sie ist keineswegs einfach. Örtliche Gewohnheiten und Eigenarten spielen gerade im Bauwesen eine große Rolle. Man wird auf sie Rücksicht nehmen müssen. Ein reines Schematisieren von einer Zentrale aus wäre verkehrt. Damit aber wachsen die Aufgaben der Gemeinden um so mehr. Größere werden leichter den Anforderungen sich fügen können, da ihnen Sachverständige, ohne die es nicht geht, zur Seite stehen. Freilich ist nun auch noch eine Beeinflussung der Sachverständigen nötig. Sie wird um so leichter sein, je offener und ehrlicher die Not, in der wir uns befinden, dargelegt wird. Wir haben in Deutschland ja viel zu viel Vogelstraußpolitik getrieben. Wir wollten die Gefahren nicht sehen und haben immer beschönigt und damit letzten Endes — gelogen! Die Einsicht kam erst oft, wenn es schon zu spät war. Bei unseren Feinden, insbesondere bei den Engländern, ist es ganz anders. Hier übertrieb man eher die Gefahren. Vor einigen Wochen hielt Lloyd George eine bemerkenswerte Rede über die wirtschaftliche Lage Englands. Wer größere Auszüge in der englischen Presse — die deutsche brachte nur Bruchteile — gelesen hat, war unwillkürlich erstaunt über die schwarzen Farben, und man fragte sich, wie mag da es erst bei uns sein, wenn es schon so düster bei dem siegreichen Feinde aussieht? Gewiß malen ja auch unsere Staatsmänner jetzt endlich wahrheitsgetreuer. Dringt es aber durch, und wird darnach gehandelt? Langsam, nur allzulangsam! Und auch jetzt noch, wenn es wohl schon zu spät ist. Wo bleibt das Handeln? Der eine tröstet sich mit der Weltrevolution, die alles in kurzem besser machen soll, der zweite hofft auf die baldige Einsicht dieser und jener Bevölkerungsklasse, der dritte endlich hat schon allen Mut verloren und sagt nur noch: „Es hat alles doch keinen Zweck.“ So kommen wir letzten Endes zu nichts. Wir müssen mehr Wohnungen schaffen und wir müssen Neubauten aufführen. Beides ist nötig. Auf dem platten Lande sind sie ebenso notwendig, besonders da, wo kolonisiert werden soll. Wird aber diese Einsicht von oben durchdringen und wann? Es muß hervorgehoben werden, daß sie in manchen Gemeinden und vor allen in den Kreisen der gemeinnützigen Gesellschaften und Genossenschaften ja schon lange vorhanden ist. Aber nur wenn sie Allgemeingut wird, wird sie wirklich durchschlagend wirken. Dazu ist nun eine offene und umfangreiche Aufklärung nötig. Die Gemeinden sollten dazu keine Kosten scheuen, denn es handelt sich hier um die Zukunft unseres Volkes. Wo es an Personal fehlt, etwa die Bauordnungen umzuarbeiten, die Baustoffrage zu lösen — von der noch später zu sprechen sein wird —, stelle man es ein, es sind genügend Architekten, Ingenieure, Techniker und auch geeignete Praktiker vorhanden. Kleinere Gemeinden müssen sich zusammenschließen. Die jetzt oft beliebte Art, auf das Vorgehen der größeren zu warten und deren Arbeit womöglich noch unbesehen zu übernehmen, ist verkehrt. Aufgabe der Aufsichtsbehörden und der größten Selbstverwaltungsorgane ist es, mit gutem Beispiel vorauszugehen. Richtlinien umzuarbeiten und auf deren Durchführung zu achten. Die Vereinigung von Technikern und Unternehmern, die Handwerkerinungen, die Arbeitnehmerverbände sind aufzuklären über den Ernst der Lage und über alle Abhilfmaßregeln. Nicht zuletzt muß freilich in das ganze Volk hinein der Gedanke getragen werden, daß Änderungen im Bauwesen durch die Not der Zeit bedingt sind, daß die Anschauungen von früher heute nicht mehr gelten können. Probebauten, die zeigen, daß es auch anders geht, werden mit zu den besten Auf-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

klärungsmitteln gehören. Heute aber schon kann man sagen, daß auch diktatorische Anordnungen oft nicht zu umgehen sein werden.

Politische Neuigkeiten.

Die Regierung und die neuen Ententeforderungen.

Aus dem Kabinett nahestehenden Kreisen vernimmt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", daß die **Reichsregierung entschlossen** ist, in der Frage der **Ablieferung der 400 000 Tonnen Docks, Bagger und sonstigen Schiffmaterials nicht nachzugeben.** Es handle sich nicht um eine Prestigefrage, sondern darum, daß die Abgabe des geforderten Materials Deutschlands **wirtschaftliche Existenz** schlechterdings **unterbinden würde.** Ebenso unannehmbar sei für die Reichsregierung die **Klausel des Annexprotokolls,** nach der es **in das Belieben Frankreichs gestellt ist, jederzeit in Deutschland militärisch einzurücken.** Die Reichsregierung, so schreibt das Blatt, will den **Frieden,** aber **nicht eine einseitige Fortsetzung des Krieges.** Als selbstverständliche Voraussetzung wird angenommen, daß die in Frankreich befindlichen **Kriegsgefangenen** zurückgeführt werden, so wie der Friedensvertrag es vorsieht und nicht nach den neuen Bedingungen.

Eine deutsche Denkschrift zur Scapa-Flow-Frage.

* Die deutsche Regierung hat im Anschluß an die mündliche Besprechung dem Generalsekretär der Friedenskonferenz eine Denkschrift über den Standpunkt der deutschen Regierung in **der Scapa-Flow-Frage** übergeben lassen, in der u. a. hervorgehoben wird, daß durch die im Waffenstillstandsvertrag vereinbarte Internierung der deutschen Kriegsschiffe in keiner Weise über deren Schicksal endgültig entschieden und die Verpflichtung der deutschen Regierung mit der fristgemäßen Entsendung der Schiffe nach dem Firth of Forth erfüllt war.

Ausschlaggebend für die Beurteilung der ganzen Frage sei die Tatsache, daß die Versenkung der deutschen Schiffe nicht dem Verhalten der deutschen Regierung, sondern dem **Verhalten der alliierten und assoziierten Regierungen zur Last** gelegt werden müsse. Die **Kriegsschiffe sind in Widerspruch zu den Bestimmungen des Waffenstillstandes** und ohne [illegible] die **deutschen Proteste nicht in einem neutralen, sondern in einem britischen Hafen interiert worden.** Die Gegner haben die Internierung in den in Betracht kommenden, namentlich also niederländischen oder skandinavischen Häfen, überhaupt nicht **versucht. Infolge der Unterbindung jeden Verkehrs mit der Heimat mußte Admiral von Reutter in jenen Tagen zu der Ansicht kommen, der Waffenstillstand laufe am 21. Juni, mittags ab.** Daraufhin veranlaßte er **nach seemännischem Brauch** die Versenkung. Admiral von Reutter war in Scapa-Flow der Befehlsgewalt der deutschen Regierung tatsächlich entzogen. **Damit entfällt von vornherein jede Haftung der deutschen Regierung** für die Handlung des deutschen Admirals, denn **für Anordnungen eines kriegsgefangenen militärischen Befehlshabers ist sein Heimatstaat nicht verantwortlich.** Außerdem kommt aber das **eigene Verschulden der Gegner hinzu,** deren **vertragswidriges Vorgehen die eigentliche Schuld der Versenkung trägt.**

Die **deutsche Regierung** kommt in der Denkschrift zu dem Ergebnis, daß die deutsche Regierung jede Verpflichtung, **Schadenersatz** zu leisten, die von ihr aus Anlaß der Versenkung gefordert wird von rechtswegen **als unbegründet zurückweisen muß.** Zum Schluß wird betont, daß es nicht den Absichten der deutschen Regierung entspreche, wenn durch eine derartige Streitfrage das auch auf deutscher Seite dringend gewünschte alsbaldige Inkrafttreten des Friedensvertrages verzögert werden würde. Sie macht deshalb den Vorschlag, die Angelegenheit dem ständigen **Schiedsgerichtshof** im Haag zur Entscheidung darüber zu unterbreiten, ob die deutsche Regierung für die Versenkung der Schiffe verantwortlich ist, im Bejahungsfalle, welcher Schaden den alliierten und assoziierten Mächten durch die Versenkung erwachsen ist, und wie dieser Schaden von Deutschland wieder gut zu machen wäre.

Annahme der neuen Steuervorlagen im Reichsrat.

* Am Samstag wurde in öffentlicher Sitzung des Reichsrats unter dem Vorsitz des Reichsministers Erzberger mit der Plenarberatung der neuen **Steuervorlagen (Kapitalsertragssteuer, Reichseinkommen- und Landessteuergesetz)** begonnen. Der preußische Ministerpräsident **Hirsch** erklärte, aus politischen Gründen und um in Finanzgesetzen keine Differenzen zwischen Reichsrat und Reichsregierung aufkommen zu lassen, wenn auch schweren Herzens auf die Ausschußbeschlüsse über die Beteiligung der Länder am Ertrag der Kapitalrentensteuer zu verzichten. Die gleiche Erklärung gaben die Vertreter von Württemberg **und Baden** und Hamburg ab. Der bayerische Gesandte schloß sich einem formalen Protest Preußens an, brachte auch scharfe materielle Einsprüche vor. Die Zuständigkeit des Reiches auf kulturellem Gebiete solle hier auf Kosten der Einzelstaaten und Gemeinden erweitert werden. **Gegen das überhastete Tempo in der Entwicklung zum Einheitsstaat beständen erhebliche Bedenken.** Minister **Erzberger wies in Erwiderung** auf einen Einwurf darauf hin, die Länder und Gemeinden würden zusammenbrechen, wenn die Reichsgesetzgebung nicht durchgeführt werde; denn nur so könnten wir einer finanziellen Gesundung entgegen gehen. Der sächsische Gesandte stimmte für Sachsen dem Gesetze zu, um einen bitter notwendigen Schritt vorwärts nicht aufzuhalten. Ein Vertreter Preußens stellte sich gegenüber der Frage der Entwicklung zum Einheitsstaat für Preußen auf einen dem bayerischen Gesandten gegenüber durchaus abweichenden Standpunkt. In der **Gesamtabstimmung** wurde das **Landessteuergesetz gegen die Stimmen von Baden und Hessen angenommen.**

Die deutsche Hilfeleistung für Österreich.

Der Reichspräsident hat an den Präsidenten der österreichischen Republik folgende Kundgebung gesandt:

Die Nachricht von der **Not des deutsch-österreichischen Brudervolkes** hat in ganz Deutschland das **tiefste Mitgefühl** aller Volksschichten ohne Unterschied der Parteistellung ausgelöst. Selbst in schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis und in ernster Sorge um seine Zukunft hat Deutschland doch ein Herz gehabt für die Leiden seiner Stammesgenossen außerhalb der Reichsgrenze, deren es in diesen Tagen mit besonderer Herzlichkeit gedenkt. Zum Beweise dieser Gefühle ist in Deutschland eine **umfassende Hilfsaktion eingeleitet worden,** die hoffentlich zu einer Milderung der schwersten Not beitragen wird. In diesem Sinne, Herr Präsident, bitte ich Sie, dem deutsch-österreichischen Volk aus diesem Anlaß die treuen brüderlichen [illegible] des ganzen deutschen Volkes und die innigsten Wünsche für eine baldige Besserung der Lage übermitteln zu wollen.
gez. Ebert.

Kleine Nachrichten.

* **Das Schicksal der deutschen Flotte.** Der Oberste Rat der Alliierten **beschloß,** lt. W.T.-B., grundsätzlich, die noch in den Händen der Alliierten befindlichen **Einheiten abzubauen.** Die Frage der **Verteilung der Flotte wurde nicht erledigt.** Gewisse grundsätzliche Beschlüsse werden noch verschiedene Abweichungen erfahren. Italien und Frankreich, deren Werften während der Zeit des Kriegess stillagen, werden einige Einheiten als Kompensation erhalten. Einige andere Einheiten werden vor ihrer endgültigen Zerstörung an einige Staaten **ausgeliehen** werden.

Gewerkschaftlicher Zusammenschluß der Eisenbahner. Am 25. November fand in Nürnberg eine **Konferenz** zwischen Vertretern des **Deutschen Eisenbahnerverbandes** (480 000 Mitglieder) und des **Deutschen Verkehrspersonalverbandes** (85 000 Mitglieder) statt. Es wurde lt. W.T.-B. beschlossen, die **Verschmelzung der beiden Verbände** ab 1. Juli 1920 vorzunehmen. Damit geht ein langgehegter Wunsch dieser nord- und süddeutschen Eisenbahner in Erfüllung.

* **Die Lage in Litauen. Die deutsche Regierung hat alle litauischen Bedingungen angenommen.** Sämtliches **Kriegs- und Eisenbahnmaterial** der deutschen Truppen ist den Litauern übergeben worden. Das **besetzte Gebiet** wird unter der Kontrolle Litauens **geräumt** zu einer noch nicht festgesetzten Frist. **Litauen verpflichtet** sich daraufhin, seine **Offensive einzustellen** und seine Streitkräfte hinter der Demarkationslinie zu halten, sowie der deutsch-russischen Armee die Benutzung der litauischen Eisenbahnen für den Transport zu garantieren. Die alliierte Kommission für das Baltikum wird die Einhaltung der Bestimmungen überwachen.

Die erstaunten Henker. Die Meldung vom Beschluß der Deutschen Nationalversammlung über die Hilfeleistung für Österreich schreibt die „Neue Freie Presse" Diese Nachricht wird in der Republik Österreich und besonders in Wien mit herzlichem Dank aufgenommen werden. In anderen Blättern sind keine Äußerungen dazu enthalten. Dagegen wiederholen sie die Erklärungen von hiesigen **Ententevertretern** zur deutschen Hilfeleistung. So gibt das „Neue Wiener Tagblatt" eine **Unterredung** mit einem **Mitglied einer Ententekommission** wieder, in der es heißt: Die hiesigen Vertretungen der auswärtigen Regierungen haben mit **einigem Erstaunen** wahrgenommen, welche Bedeutung die gesamte Öffentlichkeit in Wien, vor allem die amtlichen Stellen, sowie die Presse der Lebensmittelaushilfe Deutschlands beimessen. Deutschland war bisher Österreich gegenüber ziemlich zurückhaltend (?) Neun Monate hindurch hat die österreichische Republik fast ausschließlich von den Lebensmitteln gezehrt, die ihnen die Entente, also die bisherigen Feinde, zur Verfügung stelltens (Um welchen Preis?! Red.) Es läßt sich nicht leugnen, daß sich der Entete unter solchen Umständen eine gewisse Verstimmung bemächtigt.

* **Italienische Hilfe für Wiener Kinder.** Die **Gemeindevertretung von Bologna und anderen italienischen Städten** haben, einer Blättermeldung zufolge, dem **Wiener Gemeinderat** ihre **Bereitwilligkeit** mitgeteilt, eine Anzahl von **Kindern aufzunehmen und zu ernähren.** (Man vergleiche demgegenüber die pathologischen Rachgier eines Clemenceau und seiner Gesinnungsgenossen.)

Bürgerkrieg in Mexiko. Laut „Telegraaf" melden die „Times" aus Texas vom 28. November: In Mexiko ist der Bürgerkrieg ausgebrochen. Präsident Carranza ist aus der Stadt Mexiko geflüchtet. In Washington geht das Gerücht, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko bevorstehe.

Badische Ueberlicht.

Zur Entlassung von Fahndern am Landespreisamt.

* Es wird uns geschrieben:

Die „Sozialistische Republik" bringt in Nr. 89 vom 29. November ds. Js. einen Artikel aus **Pforzheim** der von der Entlassung von früheren Pforzheimer Volkswehrleuten, die in letzter Zeit zur Aushilfe beim Landespreisamt, Zweigstelle Karlsruhe, als Fahnder tätig waren, handelt. In diesem Artikel wird dem Leiter der Zweigstelle, **Erb,** der Vorwurf gemacht, daß er bei der Entlassung ungerecht verfahren sei, indem er Fahnder, die von Beruf Buchdrucker seien, nicht entlassen habe, und andere Berufsangehörige, Familienväter mit etlichen Kindern einfach auf die Straße gesetzt woren seien. Es wird hieran die Frage geknüpft, ob die Buchdrucker den Vorzug haben und ob dies die gepriesene demokratische Gleichheit wäre.

Hierzu ist zu bemerken: Wären die Angaben des Artikelschreibers richtig, so wäre die Handlungsweise des Leiters Erb ohne Zweifel zu verurteilen. Nun entsprechen aber die Angaben der „Sozialistischen Republik" in keiner Weise den Tatsachen, was aus Nachstehendem ohne weiteres ersichtlich ist: Im Monat Oktober mußte das Landespreisamt zur Durchführung der vom Ministerium des Innern angeordneten überall einsetzenden schärferen Kontrollen Aushilfskräfte für den Fahndungsdienst einstellen. Die Leute wurden durch das Arbeitsamt Karlsruhe bezogen, mit der Maßgabe, intelligente und schreibgewandte Erwerbslose zu überweisen. Wenn nun das Arbeitsamt unter anderen Berufen auch erwerbslose Buchdrucker überwiesen hat, so eben deshalb, weil doch sicher ein Buchdrucker in Satzbildung und Orthographie bewandert ist. Dies hat mit der Tatsache, daß der Leiter der Zweigstelle von Beruf auch Buchdrucker ist, nichts zu tun; von 145 Fahndern waren 16 Buchdrucker. Von diesen wurden alle bis auf 2 Verheiratete entlassen, wovon einer 9 Kinder hat. Es ist also grundfalsch, wenn man von Ungerechtigkeit bei der Entlassung spricht, im Gegenteil wurde dieselbe ohne Rücksicht auf politische oder berufliche Zugehörigkeit nach vorliegender Notwendigkeit durchgeführt. Der Zweck, zu welchem die Aushilfskräfte eingestellt wurden, war erfüllt; es war auch jedem Einzelnen bei der Einstellung bekannt gegeben, daß der Dienst nur vorübergehend sei.

Wenn in dem Artikel noch angeführt wurde, daß die Fahnder der Beschaffungszulage verlustig gehen sollen, so ist dies keineswegs der Fall, denn bei allen, bei welchen gesetzliche Bestimmungen für den Bezug der Beschaffungszulagen gegeben sind, kommt die Beschaffungszulage zur Auszahlung. Es sei noch bemerkt, daß die Entlassenen während ihrer halbmonatlichen Kündigungsfrist keinen Dienst mehr zu machen brauchen, ihre Bezüge aber erhalten.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

Holzschieber.

* Eine **größere Schiebung,** die durch das Landespreisamt aufgedeckt und verfolgt wurde, wird in nächster Zeit für die Beschuldigten die gerechte Strafe durch das zuständige Gericht finden. Als Hauptschuldiger kommt der Kaufmann Hugo **Oppenheimer** aus Gemmingen und als Mitschuldiger Prokurist **Rotmeier** aus Bruchsal in Betracht. Diese Beiden haben **Holz** aus **Heeresbeständen** unberechtigter Weise weiterverkauft und große Gewinne durch diese Schiebung eingesteckt. Die Summe dürfte sich auf annähernd 100 000 M. belaufen.

oc. **Heidelberg,** 30. Nov. **Bei der fortgesetzten Nachschau** über die **Mehlbestände** bei hiesigen **Bäckermeistern** wurden **wieder größere Mengen beschlagnahmt,** darunter bei einem Bäcker 24 und bei einem anderen 19 Zentner Brotmehl.

oc. **Osterburken,** 30. Nov. Auf der hiesigen Station wurde ein Eisenbahnwagen mit 200 Zentner **Kohlen beschlagnahmt,** die als Umzugsgut in einem geschlossenen Eisenbahnwagen von Oberschlesien nach Heilbronn **verschoben** werden sollten.

* **Bruchsal,** den 25 .November 1919. **Die Selbstversorgereigenschaft** wurde **entzogen** dem Landwirt und **Gemeinderat Pius Henekal** in **Neuthard** wegen **Nichterfüllens seiner Ablieferungspflicht** an Brotgetreide und Gerste und wegen Mahlens ohne Mahlschein; die aus der Mahlung noch vorhandenen **Mehlvorräte** wurden ohne Zahlung einer Entschädigung zugunsten der Reichsgetreidestelle **für verfallen erklärt.**

Aus dem Konzertleben.

Hedwig Köhler und Emma Molitor.

Wenn uns ein auf der Höhe seiner Kunst stehender Künstler mit den Gaben seines Könnens beschenkt, so freuen wir uns der reifen, süßen Früchte. Anders beim werdenden Künstler, der noch keine ausgereiften Früchte zu verschenken hat. Er entschädigt uns, wenn künstlerischer Gestaltungstrieb in ihm wogt, durch das Stürmen und Drängen, durch das jugendliche Feuer und den kühnen, mitfortreißenden Schwung unverbrauchter, nach Gestaltung ringender künstlerischer Kräfte. Welcher Kunst sie auch huldigen mögen, von ihrem Spiel, ihrem Gesang wird eine zündende Kraft ausgehen, wir werden das Kreisen und Steigen heißen Blutes fühlen und dabei das Unvollkommene der Jugendleistung übersehen. Nicht so an diesem abend. Es fehlte das jugendliche Feuer, das mit fortreißende, zündende, es kam alles so trocken, so ohne Begeisterung heraus, daß man kühl und unergriffen blieb.

Hedwig Köhler sang einleitend „Vier ernste Gesänge" von Brahms. Diese vier schweren, ernsten Lieder, in die eine Welt tiefster Gedanken eingeschlossen, und die in der Brahms'schen Vertonung eine Verinnerlichung und Beseelung gefunden haben, wie sie Musik allein geben kann, sollten nur von ganz reifen Künstlern gesungen werden, die nicht bloß stimmlich, sondern auch geistig und seelisch den vollen Stimmungsgehalt groß und ebenbürtig in Tönen aussprechen können. Diese Aufgabe ist so ungeheuer schwer, daß nur ganz abgeklärte Kunst Vollkommenes geben kann. Von diesem Ziel ist die Sängerin noch weit entfernt. Was den Tonumfang betrifft, würde die Stimme ausreichen, nicht jedoch die Gesangskunst. Überall finden sich da noch Lücken und Mängel. Der Stimme fehlt die Ausgeglichenheit der einzelnen Lagen. In der Höhe besitzt sie wohl Glanz und Helligkeit, aber die Töne sind flach und ohne Volumen; die dunkel gefärbte Tiefe klingt gaumig und verschwommen. Infolgedessen war die rein technische Wiedergabe recht ungleichmäßig. Aber dies nicht allein. Dem Vortrag fehlte Seele, die innere Ergriffenheit. Besser gelangen die einfacheren, sangbaren „Worpswedelieder" von P. Scheinpflug, während Hugo Wolf der Sängerin wieder große Schwierigkeiten bereitete.

Emma Molitor brachte zusammen mit Else Beck Griegs erste Sonate in F-dur für Violine und Klavier zum Vortrag. Die Geigerin führt den Bogen nicht ohne Gewandtheit und besitzt schon eine erfreuliche technische Fertigkeit. Aber was ihr fehlt ist echtes Temperament; oder wenn sie es besitzen sollte, kann sie es nicht zum Ausdruck bringen. Infolgedessen ließ auch ihr Vortrag kühl. Kunst, Musik, Gesang muß ergreifen Aber man wurde nicht warm. Ähnlich wie bei der Sängerin vermißte man auch an dem Vortrag der Geigerin die innere Teilnahme. Das Instrument sprach nicht überall gleichmäßig gut an. Die Töne der E-Saite hatten etwas Glasiges, fast Stechendes, Grelles. Die Klavierbeglettung wurde von Else Hornung bezw. Else Beck sehr geschickt bewältigt. Der Besuch war mittelmäßig, der Beifall — liebenswürdig.

H. R—r.

Märchenabend Melanie Ermarth.

Eine ansehnliche Kinderschar hatte sich im Eintrachtssaal am Spätnachmittag des Sonntags eingefunden, um den Märchen zu lauschen, die Frau Melanie Ermarth aus dem reichen Grimmschen Märchenschatze ausgewählt hatte. Das Märchen im Konzertsaal, an der Decke Kronleuchter, im Saal die Zuhörerschaft auf numerierten Plätzen, wohl geordnet in Reih und Glied, oben auf dem Podium vor einem Tischchen mit elektrischer Stehlampe die Künstlerin, aus der neusten Ausgabe vorlesend, ist meinem Gefühl nach eigentlich ein Unding. Für mich ist damit das Beste an der ganzen Märchenpoesie schon von vornherein verscheucht. Das Märchen mit seinen Heimlichkeiten, seinem Spiel der Phantasie, seinen feinen Vertraulichkeiten, seinen zarten, dünnen Gedankenfäden, die eine andere Welt um uns spinnen, gehört eigentlich nicht in den „Künstlersaal" vor die bestellte Masse. Sein Platz ist in der trauten Stube beim Ofen, beim Spinnrad. Und die beste Erzählerin ist Großmütterchen. Die gute, alte, liebe Stimme findet den richtigen, warmen Ton, der allen Märchenspuck und Märchenzauber aus den dunklen Ecken der Stube hervorlockt, der aber auch mit seinem freundlichen Klang alles Unheimliche bannt, und allen guten Ermahnungen die Schärfe nimmt.

Frau Ermarth versteht gut zu lesen, klar zu sprechen, scharf zu charakterisieren. Sie weiß zu gestalten, zu entwickeln, Spannung zu erwecken. Sie verfügt über eine ganze Skala Klangfarben, um alle Stimmungen auszumalen, sie besitzt eine Fülle von Ausdrucksmitteln, um alle Gefühle und Empfindungen zu interpretieren. Sie müßte nicht die gewandte Schauspielerin sein. Aber wie neulich an ihrem Heineabend war sie auch jetzt wieder nur zu viel Schauspielerin. Sie nahm sich zwar anfangs sehr zusammen, sprach ruhig und ohne allzu starke Akzente, aber sehr oft war doch auch eine zu große Schärfe in ihrer Stimme. Häufig unterstrich sie zu stark. Die echte Märchenstimmung vermochte sie nicht einzufangen. Es fehlte die Wärme, der freundliche Humor, das spezifisch Märchenhafte. „Das Totenhemdchen" und „Gestohlene Heller", wären vielleicht besser weggeblieben. Gut gelang „Der Fuchs und die Gänse". Die Kinder schienen sich zu unterhalten und klatschten fleißig in die Hände. H. R-r.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

B.C. **Baden-Baden**, 28. Nov. **Die Stadtgemeinde hatte den Maschinenmeister Heinrich Evensen, Mitglied des Arbeiterrates, beauftragt, überflüssigen ausländischen Speck nach Hannover zu verkaufen.** Evensen ließ sich von Zwischenhändlern 2 Prozent der Verkaufssumme zusichern, so daß der Schieber einen Profit von 5000 M. erzielte. Das Kilo des Speckes kostete nun statt 14 M. 17 M. Evensen wurde wegen dieser Schieberei **verhaftet.**

oc. **Waldshut**, 30. Nov. In den letzten Tagen sind hier wieder mehrere **aufsehenerregende Verhaftungen von Schiebern und Salvarsanschmugglern** erfolgt. Das **Kreisgefängnis** ist gegenwärtig von Schiebern und Schmugglern **dicht besetzt.** Mehrere größere Gerichtsverhandlungen gegen dieses Gelichter stehen bevor.

Die badischen Paßstellen.

Am 1. Dezember 1919 scheiden die bisherigen Paßstellen des Abschnitts V der neutralen Zone aus dem Verbande des Abschnitts aus und treten als **Verkehrskommissariate zum Badischen Ministerium des Auswärtigen** in Karlsruhe. Seit dem Zeitpunkte der Einrichtung sind von der Paßstelle bearbeitet worden:

Karlsruhe: zirka 2400 Einreisegesuche nach dem Brückenkopf Kehl, zirka 6700 Einreisegesuche nach der Pfalz, zirka 5900 Einreisegesuche nach Elsaß-Lothringen und zirka 9100 sonstige Gesuche,

Mannheim: zirka 7200 Brückentagespässe nach Ludwigshafen, zirka 6900 Dauerpässe nach Ludwigshafen und zirka 51 000 Einreisegesuche nach der Pfalz, zusammen 129 000 Fälle.

Stellungnahme der mittleren Städte zur neuen Gemeinde-Ordnung.

oc. In der vergangenen Woche fand in **Offenburg** ein außerordentlicher Städtetag des **Verbandes der mittleren Städte Badens** statt, der sich mit dem Entwurf zu einer neuen Gemeineordnung befaßte und dem 40 Städtevertreter anwohnten. Der Städtetag nahm einstimmig eine von dem Berichterstatter des Ausschusses, Bürgermeister **Thorbecke**, vorgelegte **Entschließung** an, „in welcher die in dem Entwurf getroffene Einteilung der Gemeinden als grundsätzlich verfehlt bezeichnet wird, weil diese nicht eine durchgehende Scheidung zwischen Stadt- und Landgemeinden trifft, wie die Entwürfe der Gemeinde- und Städteordnung für Preußen. Falls eine fundamentale Umgestaltung der vorgesehenen Einteilung nicht durchzusetzen wäre, schlägt der Städtetag folgende Einteilung vor: a) Gemeinden bis zu 200 Einwohner (kleine Gemeinden), b) Gemeinden mit mehr als 200 bis 4000 Einwohnern (kleine Städte und mittlere Landgemeinden), c) Gemeinden mit mehr als 4000 bis zu 10 000 Einwohnern (mittlere Städte und große Landgemeinden) und d) Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern (größere Städte). Weiterhin sprach sich der Städtetag dahin aus, daß hinsichtlich der Staatsaufsicht des Instanzenzuges und des Disziplinarrechts die mittleren Städte den größeren gleichgestellt werden. Im einzelnen wurde dann noch eine größere Zahl von Änderungsvorschlägen zu dem Entwurfe formuliert, die mit der Entschließung der Regierung unterbreitet werden sollen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. **Der frühere badische Finanzminister Rheinboldt** hat die ihm vom Reich angebotene Stelle eines Finanzbeirats bei der deutschen Gesandtschaft in Bern angenommen und wird seinen Posten in der allernächsten Zeit antreten.

B.C. Der Badische **Landwirtschaftliche Verein** hat den Oberregierungsrat August **Fehsenmeier** zu Karlsruhe zum Ehrenmitgliede ernannt.

BC. **Notleidende Kinder aus Österreich.** Der **badische Lehrerverein hat einen Aufruf zur Unterbringung notleidender Kinder aus Österreich in Baden erlassen.** Der Bad. Lehrerverein hat sich gleichzeitig an den Wiener Lehrerverein gewandt und ihm Hilfe in Aussicht gestellt.

B.C. **Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.** Der Ausschuß der mittleren Städte Badens hat einem Antrag der Stadt Bretten, Schritte zu tun, daß in Städten mit großer Landkundschaft die Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gemildert werden, zugestimmt, mit dem Vorbehalte einer Feststellung darüber, wieweit die Möglichkeit der Erlangung von Ausnahmebewilligungen geeignet ist, den Beschwerden der Städte, die in Betracht kommen, abzuhelfen.

* **Eisenbahnunfall.** Am Freitag abend hat, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, der Schnellzug 37 Stuttgart—Berlin in Osterburken das Halt zeigende Einfahrsignal, dessen Licht erloschen war, überfahren u. ist bei der Einfahrt in den Bahnhof mit einer Rangierabteilung zusammengestoßen. Dabei wurde der Zugführer und ein Schaffner des Zuges 37 u. der Heizer der Rangierlokomotive unerheblich verletzt. Außer einer zweistündigen Verspätung des Zuges 37 traten keine Betriebsstörungen ein.

B.C. **Mannheim**, 29. Nov. **Bürgermeister v. Hollander** hat sich in der letzten Stadtratssitzung verabschiedet. — Beim Bürgermeisteramte wird eine **Abteilung für Schul- und Erziehungswesen, Kunst- und Kulturfragen** errichtet werden.

B.C. **Mannheim**, 29. Nov. **Der Bürgerausschuß bewilligte für die städtischen Beamten, Lehrer und Arbeiter eine Beschaffungsbeihilfe.** Der Aufwand in Höhe von 5 000 000 M. soll durch Zuschläge zu den Einkommensteuern und durch **Erhöhung der Gebühren für Gas, Wasser und Elektrizität und Straßenbahnen** gedeckt werden. Der Bürgerausschuß beschloß die Beteiligung der Stadt Mannheim an der **Badischen Torfgewinnung** G. m. b. H. mit 136 000 M. In der Gartenvorstadt Waldhof **sollen weitere 200 Einfamilienhäuser** errichtet werden. Auf dem Detail-Exerzierplatze bei der Grenadierkaserne sollen **171 Kleinwohnungen** mit einem Kostenaufwande von 6 490 000 M. erstellt werden.

B.C. **Heidelberg**, 28. Nov. **Nach** der letzten **Volkszählung** waren am 8. Oktober in Heidelberg 14 044 Haushaltungen vorhanden. Von 60 711 Ortsanwesenden Personen waren 28 177 männlichen und 32 534 weiblichen Geschlechts.

B.C. **Heidelberg**, 28. Nov. **Hier hat sich eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Studenten** gegründet. Sie will alle nationalgesinnten, auf vaterländischem Boden stehenden Studenten unter dem Leitsterne Nationalbewußtsein zusammenschließen. Parteipolitik soll dabei ausgeschlossen sein. Ihr erstes Auftreten ist eine Versammlung, in der Geh. Hofrat Prof. Dr. Oncken über die großdeutsche Idee sprechen wird.

oc. **Freiburg**, 30. Nov. Der verdiente Leiter der badischen Gefangenenfürsorge Prof. Dr. Joseph **Partsch** ist zum Professor für römisches und deutsches Recht an der Universität Bonn ernannt worden.

Istein, 21. Nov. **Zur Entfestigung des Isteiner Klotzes** sind, lt. Schwarzwälder Ztg., mehr als 200 Arbeiter herangezogen worden. Das gesamte eingehegte Festungsgebiet umfaßt 7 Kilometer. Istein hatte 8 Panzerwerke, ein Vorwerk auf dem bekannten Klotz, eine Infanteriekaserne und die nötigen Gebäulichkeiten zur Erzeugung der elektrischen Kraft und für andere Zwecke. Jedes der Panzerwerke bildete einen Betonklotz mit einem Graben rundum von zirka 20 Meter, besät mit Stacheldraht, Reihe an Reihe, Flankiert wird jedes Werk durch vier Seitengalerien, deren jede mit sechs bis acht Maschinengewehren bewehrt ist. Die Armierung jedes Werks bestand aus zwei 10,5 Zentimeter-Schnellfeuergeschützen, montiert jedes separat in einem Panzerturm, wovon die Kuppel, 30 Zentimeter dick, 600 Zentner wiegen soll. In Verbindung mit dem Panzerwerk war je ein sog. „Infanterieturm", der bequem eine Kompagnie fassen konnte. Sämtliche drei Werke sind durch unterirdische Gänge miteinander verbunden. Aus diesen Werken ist alles demontierbare herausgeschafft worden, die Geschützrohre sind schon weggeschafft, dagegen wird der Rest der Geschütze völlig zerlegt, und wo dies nicht geht, durch ein Sauerstoffgebläse zerschnitten. Die oben erwähnten Kuppeln werden in etwa acht bis zehn Teile zerschnitten, respektive zerglüht, um in eine Gießerei zu wandern. Das gleiche Schicksal erfahren die Panzertürme für die Beobachter, die an jedem markanten Punkt angebracht resp. in die Erde versenkt sind. Die Betonwerke werden gesprengt, was aber bei den riesigen Dimensionen noch monatelang dauern kann. Die unterirdischen Gänge usw. sollen zugeschüttet werden, wie dies z. B. mit den Unterständen im Käferholz hinter Binzen, dem Rhein entlang von der Eisenbahnbrücke an usw. schon geschehen ist.

Aus der Landeshauptstadt.

Ein Hebel-Museum in Karlsruhe.

BC. In einer Versammlung des Geschichts- und Altertumsvereins teilte Prof. Widmer mit, daß der Verein sich entschlossen habe, in Karlsruhe ein Hebel-Museum und -Archiv zu gründen. Bereits sind einige bisher unbekannt gebliebene Briefe Hebels für das Archiv gestiftet worden und auch die badische Regierung hat die Unterstützung und Förderung des Unternehmens zugesagt. Das Museum soll später zu einem badischen Dichtermuseum erweitert werden.

oc. **Die Kartoffelnot in den Städten** wird auf das deutlichste illustriert, durch eine Bekanntmachung des hiesigen **Nahrungsmittelamts**, wonach es in der kommenden Woche knapp möglich sein wird, **3 Pfund Kartoffeln auf den Kopf** zu verteilen. Um das zu ermöglichen, müssen sogar noch die Wintervorräte der Stadt herangezogen werden. (Bei den Kartoffelbeschlagnahmungen im **Bezirk Schönau i. W.** wurden bei **einzelnen Landwirten bis zu 70 Zentner Kartoffel enteignet.**)

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 18. September d. J. beschlossen, den Handelsschulinspektor Professor Franz **Kohlhepp** auf sein Ansuchen auf 1. Oktober d. J. in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

Das Staatsministerium hat den Oberrechnungsrat August **Gießer** und den Oberkanzleirat Daniel **Frank**, beidem beim Evangelischen Oberkirchenrat in den Ruhestand versetzt,

den Rechnungsrat Friedrich **Diehm** beim Evangelischen Oberkirchenrat zum Revisionsvorsteher und

den Oberfinanzsekretär Gustav **Jacob** zum Bureauvorsteher bei dieser Behörde ernannt.

Das Staatsministerium hat unterm 8. November d. J. den Oberreallehrer Karl **Gruner** an der Oberrealschule in Pforzheim seinem Ansuchen auf 1. Januar 1920 in den Ruhestand versetzt.

Die Führer des Deutschen Reiches

zur deutschen Spar-Prämienanleihe!

Ebert, Reichspräsident

Über den Parteiprogrammen steht für jeden Deutschen die Pflicht, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Reiches. Zuerst müssen unsere Finanzen gekräftigt werden, denn nur durch sie kann das Reich wieder aufblühen. Ein Mittel zur Kräftigung der Finanzen ist die Spar-Prämienanleihe. Wer sie zeichnet, tut seine Pflicht und arbeitet mit am Wiederaufbau.

Bauer, Reichskanzler

Der Zins, vom Reiche aufgespart,
Wird Dir und Deinen Kindern nützen!

Schiffer, Vizekanzler u. Reichsminister der Justiz

Geordnete Finanzen sind eine unentbehrliche Grundlage für Recht und Gesetz. Wer das Reich finanziell stärkt, indem er ihm Geld leiht, stärkt Recht und Gesetz.

Erzberger, Reichsminister der Finanzen

Die erste Friedensanleihe ist ein kühneres Wagnis als alle Kriegsanleihen. Trotzdem wird das Deutsche Volk die Friedensanleihe zeichnen.

Dr. Bell, Reichsverkehrsminister

Geldstücke
sind die besten Eisenbahnräder!

Dr. David, Reichsminister o. P.

Wer ausländische Luxuswaren kauft, drückt unsere Valuta noch tiefer hinab und verteuert die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Nahrungsmittel noch mehr. Wer dagegen entbehrliches Geld in Spar-Prämienanleihe anlegt, hebt unsere Valuta und fördert den Genesungsprozeß der deutschen Volkswirtschaft. Wer sein Land liebt, handle danach!

Dr. Geßler, Reichsminister für Wiederaufbau

*Tragt goldene Balken herbei
zum Wiederaufbau!
Gebt dem Reiche Geld!*

Giesberts, Reichspostminister

**Wer spart in der Zeit,
der hat in der Not!**

Koch, Reichsminister des Innern

**Wirtschaft ohne Geld
ist Pflug ohne Pferd.**

Dr. Mayer, Reichsschatzminister

Was das Blut für den Körper,
ist das Geld für den Staat.

Müller, Reichsminister des Auswärtigen

Wer die Friedensanleihe zeichnet, hilft einen wirklichen, dauernden Frieden sichern.

Noske, Reichswehrminister

Wer dem Reiche kein Geld gönnt, schlägt dem Soldaten die Waffe aus der Hand!

Schlicke, Reichsarbeitsminister

**Geld schafft Arbeit,
Arbeit schafft Brot.**

Gedenket des Volksdank

für unsere zurückkehrenden badischen Kriegsgefangenen!

Badisches Landestheater

Montag, 1. Dezember 1919 (Neu einstudiert) **Rosmersholm** Anf. 7 Uhr. Mittel-Pr.

Dienstag, 2. Dezember 1919 **Die Mondscheindame** Anf. 7 Uhr. Große Pr.

Verein Volksbildung (E. V.)

Karlsruhe.

Donnerstag, den 4., Montag, den 8. und Donnerstag, den 11. Dezember, abends pünktl. um 7 Uhr, finden folgende Vorträge im großen Hörsaale des chem. Instituts der Technischen Hochschule statt:

Grundlegende Begriffe d. Volkswirtschaft

ausgewählt mit Rücksicht auf die Gegenwarts-Interessen. Professor Dr. von Zwiedineck.

I. **Elemente des Geldverkehrs.** Währung. Münze. Warum haben wir die Goldwährung? Geldersatzmittel: Wechsel, Scheck u. Papiergeld, Banknote. Kaufkraft des Geldes. Auslandszahlungen. Devisen und Valuta und ihre Kurse.

II. **Grundbegriffe des Kreditwesens:** Wesen und Aufgaben der Banken. Die einzelnen Bankgeschäfte: Diskont-, Lombard-, Depositen-, Kontokorrent- und Emissionsgeschäft. Geldmarkt und Kapitalmarkt. Langfristiger, insb. Hypothekenkredit.

Eintrittspreise: für Mitglieder M. 1.—, für Nichtmitglieder M. 2.—. Die Karten sind täglich in der Geschäftsstelle des Vereins, Akademiestr. 67, von 10 bis 4 Uhr, zu haben. H.266

Einwohnerwehr Karlsruhe.

Der auf **Dienstag, 2. Dezember** anberaumte

Appell

der 3. Komp. findet bereits um **6 Uhr** nachm., nicht 6½ Uhr, statt. H.267

Privatspargesellschaft in Karlsruhe.

Die Dividende für das Jahr 1919 ist vom Ausschuß auf **8 Prozent des am Jahresschluß bestehenden Zinsguthabens** festgesetzt worden.

Soweit in diesem Jahre keine Einlagen oder Rückzahlungen mehr beabsichtigt sind, können die Sparbücher schon von jetzt ab in unseren Geschäftsräumen abgegeben werden. Zum Jahresschluß sollen sämtliche Bücher vorgelegt sein. (§ 35 der Satzungen.)

Karlsruhe, den 1. Dezember 1919.

Der Verwaltungsrat.

Unter den 20 000 für Baden zugelassenen Losen zu Gunsten der **Erbauung der Nürnberger Kriegsgedächtniskirche** fielen bei der 1. Geldziehung am 20. November folgende Gewinnnummern: 46 948 (10 M.), 48 105 (100 M.), 78 135 (10 M.), 102 416 (50 M.), 102 548 (10 M.), 105 113 (25 M.), 189 086 (300 M.), 349 053 (30 M.), 349 115 (25 M.), 349 540 (10 M.), 460 800 (10 M.), 460 938 (10 M.), 528 383 (30 M.), 528 639 (25 M.); ferner die Endnummern 080, 119, 189, 403, 647, 676, 734, 839, 861, 869, in sämtliche Tausender (mit je 5 Mark). Ohne Gewähr.

Bekanntmachung.

Laut Beschluß des Gemeinderats vom 28. November ds. Js. ist bei der Stadtverwaltung Singen die Stelle eines H.264

Revisionsbeamten

neu zu besetzen.

Bewerbungen wollen bis spätestens **15. Dezember ds. Js.** an den unterzeichneten Gemeinderat unter Beifügung eines Lebenslaufes, sowie etwaiger Dienstzeugnisse und unter Angabe der Gehaltsansprüche schriftlich eingereicht werden. Der Dienstantritt käme spätestens am 1. Januar 1920 in Frage.

Singen, den 29. November 1919.

Der Gemeinderat.
J. V.: Kleibrink. Schrotz.

Bei unserem Rechnungsamt ist die Stelle eines im Gemeinderechnungswesen erfahrenen

Revisors

der die staatliche Prüfung als Revisor der inneren Verwaltung abgelegt hat, zu besetzen. Anfangsgehalt der Stelle 3200 ℳ, Höchstgehalt 5600 ℳ. Außerdem Kriegsteuerungsbezüge.

Baden-Baden, den 22. November 1919.

Stadtrat Baden-Baden.

Zu beziehen mit 10% Teuerungszuschlag durch jede Buchhandlung
Reuß & Itta, Verlagsanstalt, Konstanz in Baden

Gebr. Leichtlin

Zähringerstraße 69 Telephon 48

Papier-, Schreib-, Zeichen-Materialien- und Kunsthandlung, Buch- und Kunst-Druckerei

beehren sich die Eröffnung ihr. m. Neuheiten aufs reichhalt. ausgestatt.

Weihnachts-Ausstellung

anzuzeigen und zu deren Besuche höflichst einzuladen.

MÖBEL!

Kompl. Wohnungsausstattungen, einzelne Zimmer- und Kücheneinrichtungen, sowie Einzelmöbel, Betten und alle Arten Polstermöbel in reicher Auswahl empfiehlt in altbekannter, guter, solider Ausführung F.928

das Möbel- und Betten-Geschäft

Ludw. Seiter, Waldstr. 7.

Für meine Leihanstalt **suche ich Flügel und Pianinos zu kaufen** und erbitte Angebote.

Ludwig Schweisgut Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.

Silberne und goldene Dosen usw.
Alte Porzellane, Gruppen, Figuren, Tassen
Schöne Bronze-Uhren und Sonnenuhren
Schmuck, Teppiche, Gobelins, Möbel, Bilder
Englische, deutsche und franz. Kupferstiche
sowie sonstige Altertümer jeder Art
kauft zu bekannt reellen Preisen

Antiquar Sasse Kaiserstr. 232 Telephon 1154

Gebr. Kontenschrank

10—15 000 Konten fassend oder Schrank zur Aufbewahrung von Urkunden zu kaufen gesucht.

Preisangebote erbittet **Spar- u. Waisenkasse Eberbach a. N.**

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lgb. Nr. 1675: 4 a 30 qm mit Gebäuden Fasanenstraße 6, Gasthaus zum Wiener Hof.

Schätzung: 80 000 Mark. Wert der Wirtschaftseinrichtung 7 428 Mark.

Versteigerungstagfahrt: Dienstag, 24. Februar 1920, vormittags 9 Uhr im Notariatsgebäude Akademiestr. 8.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.

Karlsruhe, den 24. November 1919.

Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

National-Kontrollkassen

für mittlere Detailgeschäfte geeignet gegen bar sofort ab Standort gesucht. **E. Dittus, Tübingen,** Reutlingerstr. 12.

Stahldrahtmatratzen

f. j. Bettst. n. Maß, Metallbetten. Polsteraufl. an jederm. Katal. frei. Eisenmöbelfabr., Suhl i. Th.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

P.123.2.1 **Achern.** Im Grundbuch der Gemeinde Renchen Band 23 Heft 26 Abt. I O.-Z. 1 ist die Liegenschaft Lagb. Nr. 2956: 11 ar 67 qm Ackerland im Petersgarten einf. 2955 adj. 2957 und als deren Eigentümer eingetragen die Erbengemeinschaft zwischen Josef Brückel Kinder von Renchen als: **Julius, Leopold, Ludwig, Theresia, Karl, Wilhelm und Maria Anna geb. Brückel Ehefrau des** Zimmermann Johann Huber in Renchen. Die Letztgenannte hat als Eigenbesitzerin des Grundstückes das Aufgebot zur Ausschließung der eingetragenen Miteigentümer **Julius, Leopold, Ludwig, Karl und Wilhelm Brückel** beantragt. Die 5 genannten Miteigentümer, welche verschollen sind, werden aufgefordert, spätestens in dem auf

Mittwoch, 17. März 1920, vormittags 9 Uhr,

vor dem Amtsgericht Achern anberaumten Aufgebotstermine ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Achern, 25. Nov. 1919.

Amtsgericht.

P.113. **Freiburg.** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des verstorbenen Kaufmanns **Robert Brockel** in Freiburg wurde nach abgehaltenem Schlußtermin und nach vollzogener Verteilung hiermit aufgehoben.

Freiburg, 19. Nov. 1919.

Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts 3.

P.124. **Oberkirch.** Die Landwirt **Karl Eisen Witwe Maria Anna geborene Ernst** in Ulm, Amt Oberkirch, ist durch Beschluß vom 5. November 1919 wegen Verschwendung entmündigt worden.

Oberkirch, 27. Nov. 1919.

Bad. Amtsgericht.

P.105. **Pforzheim.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Badische Finanz- und Handelsgesellschaft m. b. H.** in Pforzheim ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des früheren Konkursverwalters Rechtsanwalt Grosholz bestimmt auf:

Dienstag, den 23. Dezember 1919, vormittags 9 Uhr,

vor das Amtsgericht Pforzheim, I. Stock, Zimmer 6.

Pforzheim, 25. Nov. 1919.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A III.

P.138. **Sinsheim.** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des zuletzt in Sinsheim wohnhaft gewesenen Gastwirts August Jüngert ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und zur Anhörung der Gläubigerversammlung gemäß § 91 KO. bestimmt auf

Samstag, 27. Dez. 1919, vormittags 10 Uhr,

vor dem Bad. Amtsgericht Sinsheim.

Sinsheim, 29. Nov. 1919.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

P.104.21. **Karlsruhe.** Das Amtsgericht B I **Karlsruhe** hat folgendes

Aufgebot

erlassen:

Der Geldbriefträger **Wilhelm Herkert** in Karlsruhe-Mühlburg, Glümerstr. 10, hat beantragt, den im Jahre 1904 nach Amerika ausgewanderten und seither verschollenen Pfarrkuraten Josef **Herkert,** geb. am 8. Februar 1863 in Ottersweier, Amt Bühl, zuletzt in Erasbach, Post Berching (Bayern), für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf:

Donnerstag, 17. Juni 1920, vormittags 11 Uhr,

vor dem Badischen Amtsgericht B I Karlsruhe, Akademiestr. 2a, I. Stock, Zimmer 1 anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Karlsruhe, 22. Nov. 1919.

Gerichtsschreiberei des Bad. Amtsgerichts B I.

Versch. Bekanntmachungen

Der Stiftungsgenuß aus der **Hornstein'schen Stiftung** ist für die Jahre 1920, 1921 und 1922 zu vergeben.

Bewerber, deren Verwandtschaft mit dem Stifter Fidel Hornstein nachgewiesen sein muß, wollen sich binnen 4 Wochen unter Anschluß von amtlichen Zeugnissen über die Würdigkeit und Bedürftigkeit bei uns melden, bezw. ihre Gesuche einreichen.

Donaueschingen (Baden) den 22. November 1919.

Der Gemeinderat.

Buchhalterstelle.

Die Stelle des **Buchhalters** bei der **Stadtkasse und der Sparkasse Böhrenbach** ist zu besetzen. Geeignete Bewerber, die insbesondere in der Hauptbuchführung bewandert sein sollen, wollen ihre Bewerbungsgesuch unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche **bis spätestens 10. Dezember 1919** hierher einreichen. H.263

Böhrenbach, 29. Nov. 1919.

Der Gemeinderat:
Kraut.
Wehrle.

Bautechniker gesucht.

Für unser Stadtbauamt wird für sofort ein jüngerer **Bautechniker** gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften, Lebenslauf und Gehaltsansprüche wollen umgehend eingereicht werden. H.261

Bürgermeisteramt Eppingen (Baden).

Jagdverpachtung.

Bad. Forstamt Durlach verpachtet am **Samstag, den 6. Dezember d. J., vorm. ½10 Uhr,** auf seinem Geschäftszimmer in Durlach, Turmbergstraße 5, die Ausübung der **Jagd im Domänenwalde Hohberg,** Gemarkung Jöhlingen, mit einer Flächengröße von 185 Hektar vom 1. Februar 1920 an auf weitere 6 Jahre. Die Pachtbedingungen können bis zum Tage der Verpachtung auf genanntem Geschäftszimmer eingesehen werden, auch erteilt Domänenwaldhüter Volk in Wöschbach nähere Auskunft. Pachtliebhaber, welche dem Forstamt nicht bekannt sind, haben sich bei der Verpachtung über ihre Jagdpachtfähigkeit auszuweisen. P.9.2.1

Jagdverpachtung.

Die Gemeinde Präg verpachtet am **Mittwoch den 10. Dezember 1919, nachmittags 2 Uhr,** im Rathause in Präg die Jagd auf ihrer Gemarkung, bestehend aus zwei Jagdbezirken mit zusammen 1196 ha Flächeninhalt, auf weitere 12 Jahre im Wege öffentlicher Versteigerung. H.230.2.1

Die Bedingungen werden vor der Versteigerung bekanntgegeben. Steigerungsliebhaber sind freundlichst eingeladen.

Präg, 21. Nov. 1919.

Der Gemeinderat:
Böhler, Bürgermeister.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg